

# Halle'sches Tageblatt.

Einundachtzigster Jahrgang  
Amtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle und den Saalkreis.  
Im Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

N. 83.

Freitag, den 9. April.

1880.

Ausgabe- und Annahmestellen für Inserate und Abonnements bei Rob. Cohn, gr. Steinstraße 73, M. Dannenberg, Geißstraße 67, R. Penne, Leibzigerstraße 77, L. Dannenberg, Herrenstraße 7, E. Trog, Randwehstraße 6, Albert Schmidt, Dompfatz 8.

Beilagegebühren 9 Mark.

Inserate für die nächstfolgende Nummer bestimmt, werden bis 9 Uhr Vormittags, später dagegen tags zuvor erbeten.

Inserate befürden sämtliche Annoncen-Bureau.

Erscheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.  
Abonnementspreis vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mark.  
Inseratspreis für die vierteljährliche Corpus-Gabe oder deren Raum 15 Flg.

## Telegramme.

**Berlin, 7. April.** Sr. Maj. Schiff „Medusa“, 9 Geschütze, Kommandant Korv.-Kapt. Mattfelsen, ist am 19. März er. in Havana eingetroffen.

— Ueber die Veranlassung zur Einreichung des Entlassungsgesetzes Bismarcks erhält die „Magdeb. Ztg.“ folgende Telegramme:

**Berlin, 7. April.** In der gestern Abend stattgehabten Fraktions-Sitzung der deutschen Reichspartei wurde die Nachricht von der Demission des Fürsten Bismarck von den anwesenden Mitgliedern, Fürst Hohenlohe und Graf Bismarck (Sohn) bestätigt. Württembergs Antrag im Bundesrat auf Befreiung der Postamtsangehörigen von der Dienstverpflichtung wurde auf auffallender Weise von Kommissarien der Postverwaltung bekräftigt im Gegensatz zur Stellung des Präsidenten des Reichsrats des Innern, Staatsminister Hofmann, welcher die Befreiung verlangte. Auf Grund dieses unverständlichen Vorfalls, das zwei Reichsbehörden verschiedene Ansichten vertraten, wurde die Entlassung vom Kaiser genehmigt.

**Berlin, 7. April.** Die überraschende Thatsache, daß die Kommissarien der Postverwaltung gegen die Steuer für Leistungen von Postamtsangehörigen plädierten, während die Reichsregierung für diese Steuer eintrat und stimmte, wird vorläufig auf mangelnde Instruktion zurückgeführt. Die Minister Ritter und Hofmann, letzterer namentlich als Chef einer Reichsbehörde, scheinen sich nicht zeitig genug mit dem neu ernannten Kommissarius im Bundesrat, Geheimrat Fischer (von der Postverwaltung), ins Benehmen gesetzt zu haben, da sonst ein derartiger Widerspruch unter den Reichsbehörden nicht möglich gewesen wäre. Man spricht in Reichstagskreisen davon, daß dieser Vorfall eventuell für Herrn Hofmann besonders bedenkliche Folgen haben dürfte.

**Berlin, 7. April.** Die Nachricht, daß der Reichskanzler schon vor drei Tagen seine Entlassung gegeben, der Kaiser bereits darauf mit der Verweigerung der Annahme der Demission geantwortet und der Reichskanzler sein Demissionsgesuch aus Gesundheitsrückgründen erneuert habe, ist ungenügend. Der Reichskanzler reichte gestern sein Demissionsgesuch ein, motiviert, wie zuerst angegeben. Die kaiserliche Entscheidung liegt bis jetzt noch nicht vor.

**Berlin, 7. April.** Parlamentarische Kreise nehmen als sicher an, daß der Bundesrat durch Wiederannahme der Verhandlungen über die Sempelabgabe den Anschauungen des Reichskanzlers entgegenkommen werde, um so mehr, als die Reichsverfassung einen Reichskanzler erfordert, der für die Gesetzvorlage die Verantwortlichkeit übernimmt und die Vorlage gegenzeichnet.

**Berlin, 7. April.** Es verlautet, daß die bisherige

Art der Vornahme von Substitutionen bei Bundesratsabstimmungen jedenfalls zu einer Initiative führen dürfte, wonach dieses Substitutionsrecht, eine Anzahl von Stimmen verschiedener Staaten in eine Hand zu legen, zur Vermeidung von Unbestimmtheiten eine notwendige Beschränkung erfahren wird.

**Berlin, 7. April.** Für das Entlassungsgesetz des Fürsten Bismarck, das den meisten Abgeordneten erst heute früh vor Beginn der Sitzung (darunter auch Herrn von Bennigsen) bekannt wurde und den fast einen Gegenstand aller Unterhaltungen im foyer bildete, weiß auch jetzt noch Niemand Gründe mit Bestimmtheit anzuführen, welche für einen so bedeutenden Schritt ausreichten erscheinen. Was man sich zur Erklärung der gewöhnlich Hofschache (außer der Motivierung des Schrittes durch die Vorgänge bei der letzten Abstimmung im Bundesrat, welche gestern in der „Post“ und in der „Norddeutschen“ angedeutet waren) erzählt, habe ich Ihnen bereits telegraphisch gemeldet. Es beruht das Alles mehr oder weniger auf Vermutung. Vermutungen und Gerüchte schiefen eben um so rascher ins Kraut, als man allgemein nicht glauben mag, daß der Kaiser ein so starkes Mittel wie die Einreichung des Entlassungsgesetzes amwande, lediglich um etwa die Verrettung durch Substitutionsvollmacht bei Abstimmungen im Bundesrathe abzuschaffen. So votierte in der fraglichen Sitzung 3. B. der Bevollmächtigte Sachsen, Held, mit vier sächsischen Stimmen für und mit der Stimme Weimars (dessen Bevollmächtigteter er zu vertreten hatte) gegen die Befreiung der Postamtsangehörigen, und ebenfalls gegen die anderen Vertreter von kleinen Staaten. Auch um den aus mangelnder Vorbereitung zwischen den Reichsbehörden sich erklärenden Widerspruch der letzteren unter sich zu rügen, etwa durch den Rücktritt eines hohen Reichsbeamten, bedurfte es wohl kaum der Einreichung des Demissionsgesuches durch den Kaiser. Es bleibt also, wie schon erwähnt, nur das Feld der Vermutungen übrig, die sich darauf beziehen, daß der Kaiser eine Aenderung in der Gesamtorganisation des Bundesrates (die eine Verfassungsänderung wäre und an 14 Stimmen in der außerordentlichen Sitzung) herbeiführen oder in der ausdrücklichen Politik etwas durchsetzen will, womit er bisher noch nicht in erwünschtem Maße durchgedrungen ist, und daß er die letzte Abstimmung über die Postamtsangehörigen im Bundesrat nur äußerlich als Brunnstein seines ererbten Ministerpostens vorsetzte. Die „Norddeutsche“ weiß heute Abend über den ganzen wichtigen Vorfall gar nichts zu sagen, sie hält sich in vollkommenem Schweigen. Die sonstigen Abendblätter bringen über die letzte Bundesrats-Sitzung nur, was ich Ihnen schon telegraphisch mittheilte, und Gerüchte. Die „Kr.-Ztg.“ sagt in sehr reserviertem Tone: „Wir hören mit Bestimmtheit, daß

den Reichskanzler, welcher übrigens jetzt wieder lebender sein soll, nur jene Vorgänge in der Bundesrats-Sitzung zur Einreichung seines Entlassungsgesuches bestimmt haben, und daß andere Fragen der äußeren oder inneren Politik hierbei ganz außer Spiel sind. Es ist anzunehmen, daß die Sache ausgeglichen werden und daß der Reichskanzler dem Reichs- und Staatsdienste erhalten bleiben wird. Letzteres wird allerdings ganz allgemein angenommen, und wer würde nicht hoffen, daß in diesem Momente ein Staatsmann wie der Kaiser Deutschland und Europa erhalten bleibe? Wie die „Post“ hört, hat der Kaiser heute den Fürsten Bismarck zu einer Unterredung in sein Palais beschieden.

**Frankfurt a. M., 7. April.** Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte den Antrag des Magistrats, die 4 1/2 Prozent. Frankfurter Anleihe Lit. O auf den 30. September er. zu kündigen und dem Reichs-Anleihefonds 15 Mill. Mark 4 Prozent. Obligationen, welche mit 1 bis höchstens 6 pCt. jährlich vom 31. Dezember 1881 ab zu tilgen sind, zum Course von 99 1/2 pCt. zu überlassen.

**Darmstadt, 7. April.** Die erste Kammer hat den Gesetzentwurf wegen Erbauung einer stehenden Brücke bei Mainz einstimmig angenommen.

**Wien, 6. April.** (Nordb. Allg. Ztg.) Francis Broemel, Spezialkorrespondent der „Wiener Allgemeinen Zeitung“, interviewte Gladstone in Edinburgh. Broemel telegraphirt darüber aus dieses Blatt Folgendes: „Gestern Abends, eine Viertelstunde vor seiner Abfahrt nach dem Süden, hatte ich ein Interview mit Mr. Gladstone. Er empfing mich mit den Worten: „Ich wäre gern zu Ihnen gekommen, aber das Volk draußen wäre mir nachgelaufen.“ Ich stellte schnell mehrere Fragen, worauf Gladstone antwortete: „Es ist ein großer Irrthum, zu glauben, die Politik der großen liberalen Partei in der Orientfrage würde der russischen Machtvergrößerung im Oriente günstig sein. Ich werde niemals jene Volkswerte verlassen, welche wirkliche Volkswerte dagegen sind; aber man hat Klugheit für die Zukunft geradezu in die Hände gearbeitet und bedauerliche Mittel angewandt.“ Gladstone fuhr dann fort: „Ich lasse mir keine Klagen vormachen, es braucht nicht Alles einzutreten, aber“ — — — — — „I am the wretched dog that barks“ (Ich bin der wackere Hund, der bellt). „Ja“ — — — — — er wiederholte es — — — — — „ich schäme, ich ehere die freisinnige Vaterlandsliebe des österreichischen Volkes und jeder freisinnigen Regierung Oesterreichs; aber „hands off“ (Hände weg) von anderer freier Völker Eigentum und ihrem Recht.“ Man spricht von deutsch-österreichischer Allianz und englischen Anschluß. Da müßte man erst viel mehr wissen, „before signing a sanguine and light minded certificate“ (bevor man ein sanguinisches, leichtfertiges Attestat unterzeichnet). Wie

## Die Nachbarn einer Frau.

Nach dem Englischen von Eliza Modrach.

(Fortsetzung folgt.)

3. Kapitel.

Madeleine ruhte im Grabe und ihr Kind war bei der zärtlichen, sorglichen Frau, die Mutterstelle an ihm vertreten sollte, glücklich und zufriedener. Lord Charlewood stand im Begriff, den Ort, an dem er so schwer gelitten hatte, zu verlassen. Das Geheimnis seines Standes war wohl bewahrt worden, es ahnte kein Mensch, daß der Fremde, dessen Aufenthalt in der kleinen Stadt ein so trauriger Gegenstand war, der Sohn eines englischen Grafen war. Der Name Charlewood war Niemand als etwas Seltenes aufgefallen und hatte nicht die geringste Vermuthung über seine Identität erweckt. Man hielt ihn allerdings für reich, aber daß er einem alten Adelsgeschlecht entstamme, ahnte Niemand. Die Haushälterin des Doctors, Marie Galbraith, glaubte, daß sich ein Goldregen über das Haus ergießen hätte. Wo erst die bitterste Noth geherrschet hatte, war nun plötzlich Ueberfluth. Jetzt gab es keine ersten Bedenken und durchsüßeren Teppiche mehr — Alles war neu und behaglich. Der Doktor schien sich heimlich verbündet zu haben, seit er aus der drückenden Angst und Sorge erlöst war.

Der Tag war gekommen, an welchem Lord Charlewood von seiner kleinen Tochter und den Fremden, die ihn wahre Freunde gewesen waren, scheiden mußte. Margarethe Dormham wurde herbeigeholt, als sie kam, befanden sich die beiden Herren im Wohnzimmer und dort wurde sie zu ihnen eingeladen. Die kleine Kleinigkeit von jenem Zusammensein prägte sie ihrem Gedächtnisse unerschütterlich ein. Der Tisch war mit Papieren bedeckt und Lord Charlewood sagte, indem er einige davon zur Hand nahm:

„Die müssen Sie an einem sicheren Orte aufbewahren, Doktor. Es ereignen sich seltsame Dinge im Leben, man kann nicht wissen, wie sie eines Tages als Zeugnis für ihre Identität gebraucht werden.“

„Das sieht wohl nicht zu bestreiten.“ erwiderte der Doktor lächelnd, „aber ich will dennoch vorsichtig sein, wie Sie es wünschen.“

„Hier ist das erste, Sie können es bei den übrigen aufbewahren.“ sagte Lord Charlewood, „es ist eine Abschrift meiner Heirathsurkunde. Dann ist hier der Taufschein meiner kleinen Tochter und der Todenschein meiner Gattin, unter diesen Papieren wollen wir noch einen von uns beiden unterschriebenen Vertrag über die Summe, von der ich Ihnen gesprochen habe, beifügen.“

Lord Charlewood stellte schnell ein anderes Schriftstück aus, das der Doktor und er selbst unterschrieben, dann Stephan Lesjorn alle die Papiere zusammen. Margarethe Dormham sah, wie er von einem Geschäft ein einfaches, kleines, eichenes Kästchen, das mit Messing beschlagen war, nahm und die Papiere darin verschloß.

„So lange dieses wohl verwahrt bleibt, können keine Schwierigkeiten über die Identität des kleinen Fräuleins entstehen.“ sagte er, „die Papiere müssen gerade zerstückt werden.“

Sie konnte keine Rechenschaft davon geben, weshalb sie ihn so eifrig beobachtete, indem sie sich über den vermeintlichen Reichthum der Papiere wunderte.

Darauf wendeten beide Herren von den Papieren ihre ganze Aufmerksamkeit den Kinder zu. Lord Charlewood wollte gleich abreißen und sah die kleine also für lange Zeit zum letzten Male. Eine fast mütterliche Zärtlichkeit sprach aus seinen Blicken und Zügen, als er sich über das Kind neigte, um es zu küssen und ihm Lebewohl zu sagen.

„Wenn ich nach drei Jahren zurückkehre“ sagte er, „dann ist sie drei Jahre alt und läuft und spricht. Sie müssen sie meinen Namen und mich lieben lehren, Mrs. Dormham.“

Dann verabschiedete er sich von dem Doktor, der ihn ein so treuer Freund gewesen war und ließ etwas in seiner Hand zurück, das sein Herz für lange Zeit sehr erquickte. „Ich bin ein sehr schlechter Korrespondent, Doktor Lesjorn.“ sagte er, „ich schreibe nicht gern, aber Sie können sich sehr darauf verlassen, daß ich halbjährlich einmal

Nachricht von mir gebe. Alle sechs Monate schicke ich Ihnen die Geldanweisung und in spätestens drei Jahren, von jetzt ab, können Sie mich zurückverlangen.“

So schied die Weiden, die auf so seltsame Weise zusammengeführt waren. Als Lord Charlewood aus der Stadt hinausfuhr, blickte er sich noch einmal um.

„Wie hätte ich sie gedacht.“ sagte er, „vor sich hin, daß ich hier mein Weib auf dem Friedhofe und ein lebendes Kind zurücklassen würde! Mir war die kleine Stadt so fremd, daß ich sie kaum dem Namen nach kannte.“

Zu seiner großen Freude, ja fast zu seinem Erstaunen, fand Lord Charlewood, als er am Ziele seiner Reise anlangte, seinen Vater viel wohlher, obgleich er vorbereitet war, ihn nur noch als Leiche wiederzufinden. Die Freude des alten Mannes bei der Ankunft seines Sohnes war in der Ueberschwenglichkeit fast rührend anzusehen — er hielt ihn fortwährend bei der Hand.

„Mein Sohn — mein einziger Sohn! Warum bist Du nicht früher gekommen?“ fragte er, „Ich habe mich so nach Dir gesehnt! Du hast mir Leben und Heilung gebracht, nun ich Dich wieder habe, werde ich noch jahrelang weiter leben.“

In der ersten freudigen Erregung wagte Lord Charlewood nicht, seinem Vater die traurige Geschichte von seiner Verheirathung und dem vorzeitigen Tod seiner Gattin zu erzählen. Später sagten ihm die Mägde, daß sie den alten Grafen noch auf einige Jahre zu erhalten hofften, wenn ihm die auferlegte Sorgfalt genöthigt würde. Er litt entschieden am Herzen und jede plötzliche Aufregung, jede große Ursache, jede unabwendbare Sorge könnten ohne Weiteres seinen Tod herbeiführen. Mit dieser Ueberzeugung wagte Lord Charlewood nicht, ihm sein Geheimniß zu offenbaren, er hätte seinen Vater dadurch ja nur zweifels einer Gefahr ausgesetzt, da die Mittheilung jetzt keinerlei Nutzen haben konnte — sein schönes Weib war tot und das Kind noch so klein, um besonders von ihm anerkannt zu werden oder von irgend welcher Bedeutung für ihn zu sein. Lord Charlewood widmete sich also ausschließlich dem alten Grafen, nachdem er sich über seine ferneren Entschickungen ganz klar geworden war. (Fortf.)

ich in der Monatschrift „The Nineteenth Century“ erklärte; was ich in meinem Essay „Friends and foes of Russia“ (Freunde und Feinde Rußlands) geschrieben; dazu habe ich nichts mehr hinzuzufügen, „das war allezeit meine Politik.“ Gladstone spricht meine Frage „wegen des neuen Ministeriums“ mit den Worten ab: „Betrachten Sie heute mich als Privatindividuum in Allem was ich sage.“ Darauf nahm ich Anstoß. Gladstone aber sagte: „Nach-leist' ich Sie noch in . . . (er nannte den Ort). Wir traten in die Straße. Draußen waren Jubelnde zu Tausenden angeammelt. Der Andrang wurde durch „starke Barrieren“ abgehalten. Die Nacht hindurch durchzog die Menge die Straßen Speers auf Gladstone anbringend.

**Wien, 7. April.** Die „Presse“ will wissen, daß die beteiligten Regierungen sich über die Frage betreffend die Verlängerung des österreichisch-deutschen Handelsvertrages bis zum Ende des Monats Juni 1881 bereits verständigt hätten, und daß schon in nächster Zeit die Einbringung der betreffenden Regierungsvorlage in dem Parlament zu erwarten sei. — Eine Befähigung der Nachtritte liegt nicht vor.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde von der Regierung eine Vorlage betreffend die Bewilligung eines Nachtragkredits von 10 000 Gulden für die Wetzlung des Österreich in der Weltstellung in Melbourne eingebracht. Das Haus legte die Beratung des Budgets fort.

**Wien, 7. April.** In dem Unterhause wurden der Besetzung über die Staatsanwaltschaft für die Theilregierungs-gesellschaften und die Vorlagen betreffend die Hilfeleistung für die Stadt Segedin und den Wiederaufbau derselben von der Regierung vorgelegt. Die Vorlagen wurden zur schleunigen Beratung dem Finanzministerium überwiehen.

**Petersburg, 7. April.** Wie der „St. Petersburger Herald“ hört, wird demnächst der Prozeß gegen Dr. Weymar zur Verhandlung kommen. Dr. Weymar ist angeklagt, mit seinem Wagen dem Mörder des Generals Mesenoff zur Flucht zu verhelfen und später dem Verbrecher Solowjoff einen Revolver und Gift verschafft zu haben; ferner vor 3 Jahren dem Fürsten Krapotkin, welcher sich bekanntlich ebenfalls wegen nihilistischer Umtriebe in Anklagezustand befand und frankschiffbar in einem Hospizal gefangen gehalten wurde, mit Hilfe seines Wagens die Flucht erleichtert zu haben.

**Paris, 7. April.** (Berl. Z.) Bismarcks Demission wird hier äußerst feilschlich aufgenommen. Die gesamte Presse hält diesen Schritt des Kanzlers für einen Schachzug, berechnet auf Aenderung der Reichsverfassung hinsichtlich der Vertretung im Bundesrat.

**Madrid, 6. April.** Die demokratische Partei hat ein von 279 Senatoren und Deputirten und 21 Journalisten unterzeichnetes Manifest veröffentlicht, in welchem sie Religions- und Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, Freiheit des Unterrichts, allgemeines Stimmrecht, Dezentralisation der Verwaltung, allgemeine Militärpflicht, Spar-samkeit in allen Zweigen der Staatsverwaltung, finanzielle Kontrolle, Gleichstellung der Insel Cuba mit dem Mutterlande und Unabsetzbarkeit der Richter als ihre Forderungen bezeichnet.

### Parlamentarische Nachrichten.

**Reichstag.**

Berlin, 7. April. In der heutigen Plenarsitzung kam zunächst der Antrag der Abg. Dr. Stephan und Ricker, betreffend die deutsche Rechtschreibung zur Verhandlung. Der erstere Antragsteller begründete denselben und betonte einleitend namentlich, daß dem Antrage jeder ganz mit Unrecht ein politischer Charakter beigelegt sei. Demnächst beschäftigte er sich eingehend mit den bezüglich der Kompetenz erhobenen Bedenken. Inbezug möge man über die juristische Kompetenz des Reichstages in dieser Frage denken, wie man wolle, jedenfalls ist die Form des Antrages so gewählt, daß die Rechte der Einzelstaaten durch den Antrag, da er den Weg der Verhandlung mit den Landesregierungen empfehle, vollständig gewahrt würden. Ueberdies hätten sich für die Kompetenz des Reichstages nicht bloß Lehrer und Väter, sondern sogar die Zweite bairische Kammer ausgesprochen. Es könne sich also wesentlich nur noch darum handeln, ob der Antrag notwendig sei. Diese Frage aber müsse er entschieden bejahen. Die drei bezüglichlichen kaiserlichen Verordnungen, die württembergische, die bairische und schließlich die preussische seien entschieden über ihre Sphäre hinausgegangen, da eben nicht „würtembergisch“, „bairisch“ oder „preussisch“, sondern „deutsch“ gesprochen werde. Ihr wesentlicher Fehler bestehe darin, daß sie den Grundsatz, daß die Nation nicht von der Schule lernen, sondern untergeleitet die Schule nur das Lehren soll, was zur Gewohnheit des Volkes geworden ist, entschieden verlegt. Der Redner, der seine Ausführungen unter erheblicher Unruhe und Unaufmerksamkeit des Hauses macht, hält eine zwingende Negativung dieser Angelegenheit überhaupt nicht für zweckmäßig, will dieselbe vielmehr ganz der freien wissenschaftlichen Fortbildung überlassen; aber wenn einmal reglementiert werden müsse, dann müsse es von Reichswegen geschehen. So gut wie ein deutsches Recht geschaffen, müsse auch die Sprache einheitlich sein, die finanziellen Opfer, welche jene Verfügungen erfordern, berührten nicht bloß den Buchhandel (dieser allerdings im hohen Grade), sondern jede Familie, so daß auch die wirtschaftliche Seite der Frage ihre Regelung nur durch das Reich erfahren könne. Er bitte also um Annahme des Antrages, dessen Mobilisierung in der Form sich der Antragsteller nicht widerversetzen würden, wenn nur die Hauptsache erreicht werde.

Abg. Frhr. v. Marschall führt dagegen aus, daß es nicht in der Kompetenz des Reichstages liegen könne, zu Recht bestehende Verfügungen der Einzelstaaten zu stützen und die Agitation gegen dieselben zu unterdrücken. Demnach müßten seine politischen Freunde in dem gestellten Antrage ein bedenkliches Präjudiz erblicken. Die Ausführungen des Vordrängers beruhen auf zwei Hauptstützen. Einmal sei es, wie der Redner des Näheren ausführte, nicht richtig, daß es einen allgemeinen deutschen Sprachgebrauch gebe, in den

jetzt föhrend eingegriffen werde, zum Anderen sei es unbegründet, daß die Erlasse der Einzelregierungen namentlich, wie der Dr. Stephan anzuermessen scheint, diejenigen der württembergischen und bayerischen nicht im Einverständnis mit den anderen Regierungen ergangen seien, sondern auf einem gewissen autokratischen Partikularismus beruhen. Die Hauptsache liege gegenwärtig so, daß eine einheitliche Rechtschreibung in Preußen und Bayern bereits, dieselbe wahrscheinlich auch in Sachsen demnächst eingeführt werde, so daß also diese Rechtschreibung im größten Teile Deutschlands Geltung habe. Sollte man denn nur Alles das, was man seit vier Jahren zur Herstellung einer einheitlichen Rechtschreibung mit Mühe erreicht, mit einem Schlage zerfallen. Die neue Rechtschreibung sei zudem im Wesentlichen nur eine Fixierung des bestehenden Sprachgebrauchs mit möglichen Reformen nach einheitlicher Richtung und sie beschränke sich gezeimender Weise auf das Gebiet der Schule. Und das in letzterer notwendig die Orthographie reglementiert werden müsse, könne füglich nicht bestritten werden. Die wirtschaftlichen Folgen hätte der Vordränger erheblich überschätzt; im Ubrigen ersehe auch das Druckerergänze dringende eine einheitliche Orthographie. Von dieser Seite eben auch die deutschen Konserwadten aufrechte Freunde und eben deshalb lehnten sie den vorliegenden Antrag ab. Abg. Dr. Günther will zugeben, daß die Ausführungen des Frhr. v. Marschall theoretisch zum guten Teil begründet seien; in der Praxis konnte man aber über die unerfindliche Patsache nicht hinweg, daß wir vier verschiedene Orthographien: eine württembergische, eine bayerische, eine preussische und schließlich eine Reichsorthographie haben. Dieser Vervielfachung der Rechtschreibung müsse jedenfalls ein Ende gemacht werden. Die Frage, wie das geschehen werde, wurde erst in zweiter Linie. Abg. Reichensperger (Rechtsw.) führte den Antrag jedoch ablehnen müssen, weil er die Kompetenz des Reichs bezweifelt. Was den Inhalt des Antrages betrifft, so geht er ihm zu weit, obwohl er einen großen Teil der Motive des Abg. Dr. Stephan theilt. Auch er würde es lieber gesehen haben, wenn die Einzelregierungen die Dinge sich in der bisherigen Weise hätten fortentwickeln lassen. Man müsse nicht Alles reglementieren wollen. Die ganze Bewegung sei eine rein schulmännische und dann ins Volk getragen. Am besten lasse man in dieser Beziehung das Leben walten, wie es in England und Frankreich geschehen. Was bisher bei uns geschehen, werde übrigens von selbst wieder in die rechten Bahnen geleitet werden. Jetzt solle man die Sache nur nicht weiter aufschaukeln. Abg. v. Kardorff ist der Meinung, daß wenn bezüglich der Rechtschreibung überhaupt reglementiert werden solle, das Reich dazu kompetent sein müsse, ob das nun in der Verfassung liege oder nicht. Aber er hält jede Art von Reglementierung für verderblich und behauptet, daß die Kultusministerien mit den bezüglichlichen Verordnungen vorgegangen. Er hofft indes, daß die Ausfertigung schonender sein werde. Abg. Dr. Gareis kann die Kompetenz des Reichstages nicht bestreiten, ist aber doch gegen den Antrag. Seiner Meinung nach befanden sich die Einzelregierungen in einer gewissen Zwangslage, welche die zu Reglementen nötig machten. Daß dieselben zu weit gegangen, könne man mit Grund gemiß nicht behaupten. Der künftigen Entwicklung unterer Sprache im Allgemeinen würde der Antrag Stephan mehr schaden, als nützen. Auch wegen des Weges, den derselbe vorschläge, würde er sich gegen denselben erklären müssen. Der Antrag muß vorabgehandelt bleiben, eine einheitliche Schreibweise nach den Vorbildern der Gelehrten Ortman zu schaffen.

Mit großem Sarkasmus zeigte Herr v. Treitschke, der sich auf den Standpunkt des praktischen Mannes stellte, wie grade die Herren Germanisten das ganze Unheil angerichtet haben, welches jetzt durchaus fort reglementiert werden soll, wie die deutsche Sprache, deren Schönheit und Kraft grade in der Freiheit von allem pedantischen Nadelzwang beruht, auch in ihrer Schreibung der Freiheit nicht entziehen kann, ohne Schaden zu nehmen, und wie dem orthographischen Chaos in den Schulen am Besten dadurch abzuhelfen wäre, daß man den Lehrern unterlasse, auf eigene Hand mit der Orthographie germanistische Experimente zu machen, nicht aber dadurch, daß man das Unlächliche dieser Lehrer zur Grundlage von Reglementen macht. Er stimmt dem Stephan'schen Antrage speziell in seinem negativen Theile zu. Was nun die Stellung der Regierung anlangt, so gab der Staatssekretär des Innern, Hofmann, darüber einige im Sinne der Antragsteller erfreuliche Andeutungen. Gegenüber einer Bemerkung des Abg. Windthorst nahm er für den Reichskanzler die Kompetenz in Anspruch, eine Regelung auf dem Wege der Verbindung mit den Einzelregierungen herbeizuführen. Hinsichtlich der sachlichen Stellung des Reichskanzlers verweise Herr Hofmann auf dessen bekannte Verfügung, indem er zugleich die Ueberzeugung ausdrückte, die verbündeten Regierungen würden sich, falls der Reichskanzler die Initiative in der Angelegenheit ergreife, nicht ablehnend verhalten. Damit ist freilich nichts zugesagt, aber man darf doch aus diesen Aeußerungen weit eher auf eine günstige als eine ungünstige Stellung der Reichsregierung zu den Wünschen der Antragsteller schließen. Der Antrag wurde, nachdem noch der Abg. Ricker mit wenigen Worten für ihn eingetreten, mit geringer Majorität abgelehnt. Im Wesentlichen stimmten die Nationalliberalen und die Fortschrittspartei dafür. Nach den Erklärungen vom Bundesratsstische darf man fast hoffen, daß damit noch nichts verloren ist.

Hierauf beschäftigte das Haus wieder eine weltliche Wabl, diejenige des Barons v. Arnswaldt. Nach kurzer Debatte schloß sich das Plenum dem Kommissionsvorschlage auf Ungültigkeitserklärung an. Das zur ersten Beratung stehende Beschlusseingefolge wurde einer Kommission zur Beratung überwiehen. Für morgen steht die erste Lesung des Budgetgesetzes auf der Tagesordnung.

Berlin, 7. April.

Es Majestät der Kaiser und Königin ist in der Genselung so weit vorgeschritten, daß Derselbe heute eine Spazierfahrt machen konnte.

— Die von einigen Blättern kolportirte Nachricht, daß mit der vom preussischen Kultusministerium in Aussicht genommene Verklärung des kaiserlichen im Lehrplan der Realpulen erster Ordnung nicht eine Aenderung, sondern sogar eine Aenderung der staatlichen Berechtigungen jener Anstalten verbunden werden solle, entbehrt, wie wir zur Veruhigung der beteiligten Kreise aus dieser, wenn auch nicht amtlicher Quelle mittheilen können, durchaus der Begründung; sie scheint nur aus Unbekanntheit gegen den jetzigen Leiter des preussischen Kultusministeriums und aus dem Gerüchte entstanden, daß einige Universitätsprofessoren ihrem in dem Streit um die Medizin angefaßten und gestärkten Strolche gegen die Realpulen an maßgebender Stelle nachträglich Ausbruch verleißen haben sollen.

**Mathenow, 6. März.** Se. Majestät der Kaiser trifft mit Sr. kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen, Ihren königlichen Hoheiten den Prinzen Friedrich Karl, Karl, Wilhelm, Alexander, August und Württemberg, dem Erbprinzen von Sachsen-Meiningen und dem Prinzen Friedrich von Hohenzollern aus Anlaß des Reiterfestes, welches zur Feier des Eintrittes Hans Joachim v. Zieten's unter die Husaren im Jahre 1730 vom Zieten-Husaren-Regiment Nr. 3 veranstaltet worden ist, am 10. Abends gegen 6 Uhr mittelst Etzetragtes der Lehrtre Bagn hierseht ein. Nach Empfang auf dem Bahnhofe durch die Spigen der Zivil- und Militärbehörden werden die hohen Herrschaften durch die festlich geschmückte Hauptstraße, in der die Husaren des Regiments Spalier bilden und der Schützen- und Kriegervereine Aufstellung nehmen werden, über den Marktplatz, das das dortige Standbild, bei der Hauptwaage vorüber in offener Equipagen nach der Militärreitebahn fahren. Dort werden dem Programm gemäß 11 Pöden geritten und zwar:

- 1) Quadrille, geritten von 16 Offizieren des Regiments, den Majoren v. Buggenhagen und v. Poncet, den Rittmeistern Perzog Paul zu Wiedenburg-Schwerin, Major v. Winterfeld und v. d. Schulenburg, den Premierlieutenants v. Schödlitz, v. Winterfeld und Freiherrn v. Gaffron, den Sekonde-Lieutenants v. Blücher, v. Zieten, v. Eyow I., v. Hoffendorff-Röppin, v. Seyden-Anden, v. Lepper-Kastl und v. Bögen.

Die Hälfte trägt die Uniform, welche die Freikompanie Husaren trug, welche Se. Majestät der König Friedrich Wilhelm I. im Jahre 1730 gründete, die andere Hälfte die heutige Paradeuniform des Regiments.

- 2) Rekrutenquadrille, geritten von 16 Rekruten im Dienstanzug — rothem Attila, ohne Pelz — mit aufgenommenem Gewehr.

- 3) Quadrille der 4. Eskadron „Friedrich“, geritten von 8 Unteroffizieren und 8 Rekruten in der 4. Eskadron in Paradeanzug mit umgehängtem Pelz.
- 4) Damaquadrille, geritten in der Uniform, welche Se. Majestät, unser allergnädigster Kaiser, zu Weisnachten im Jahre 1803 als erste in seinem Leben getragen hat — es war dies die Uniform des damaligen Regiments von Rudow — Husaren — von Oberstlieutenant v. Rosenbergh und Frau v. Rosenbergh, Graf Namitz und Frau v. Wigleben, Rittmeister v. d. Schulenburg und Frau Gräfin von Kants, Sekondeleutenant v. Bögen und Frau v. Eyow, Oberstlieutenant v. Eyow I. und Fräulein v. Rosenbergh, Major v. Wurm und Frau v. Wredow-Bredow, Sekondeleutenant v. Blücher und Frau Gräfin v. Bredow, Sekondeleutenant Freiherr v. Kapfer und Fräulein v. Eyow, Sekondeleutenant v. Bredow und Fräulein v. Bredow.

- 5) Schleihtour, geritten von den Herren Major von Poncet, Rittmeister v. Winterfeld, Premierlieutenant v. Winterfeld.

- 6) Quadrille, geritten von 16 Gezeiten in dem Anzuge von ungarischen Pferdegezeiten.

- 7) Rekrutenquadrille, geritten von 16 Unteroffizieren in angezogenem Pelz über dem rothem Attila, auf 16 vorjährigen Rekruten.

- 8) Kampagne-Quadrille, geritten von den Sekondeleutenants v. Eyow I. und Freiherrn v. Kapfer, einem Trompeter, vierzehn Unteroffizieren und drei Husaren in angezogenem Pelz über dem rothem Attila.

- 9) Ergehen der letztgenannten beiden Quadrillen.
- 10) Schleihtour, geritten von den Damen Frau v. Eyow, Fräulein v. Bredow und Fräulein v. Rosenbergh, und

- 11) Parforcejagd, geritten von mehreren Damen, den Offizieren und 86 Unteroffizieren und Husaren des Regiments.

Das Abreiten der elf Pöden wird ungefähr zwei Stunden in Anspruch nehmen, und nach demselben fährt Seine Majestät der Kaiser mit den königlichen Prinzen und seiner Suite nach dem Offiziers Kasino, wo das Gewehr eingenommen wird, und von dort durch die festlich erleuchtete Stadt nach dem Bahnhofe, von wo um 9 Uhr die Rückfahrt mittelst Etzetragtes nach Berlin erfolgt. Am 7. und 8. April finden Generalproben statt, zu denen der Kommandeur des Regiments dem Bürgermeister der Stadt die Hälfte der Eintrittsbillets überlassen hat. Diese werden gegen ein Entgelt, welches zur Komplettierung der freiwilligen Feuerwehre bestimmt ist, bezogen werden. Die Zahl der Gezeiten um Zulassung zu den Tribünen für die vier Tage der Festlichkeiten von Nach und Fern ist Legion, so daß die meisten leider nicht beschickigt werden konnten. Am Sonntag, den 11. April, trifft hier von Berlin der Verein ehemaliger Zietenhusaren mittelst Etzetragtes ein und wird diesem zu Ehren an diesem Tage das Programm noch einmal, und zwar zum letzten Male, geritten werden.

Nachricht: Aus Berlin, 7. April, erhalten wir folgende Nachricht: Das Reiterfest, welches aus Anlaß der 150jährigen Jubiläumfeier beim brandenburgischen Husarenregiment (Zieten'sche Husaren) Nr. 3 am Sonabend, dem 10. d., in Mathenow stattfinden sollte, ist, wie wir hören, bis zum Mittwoch, d. 15. d. W. verschoben worden, da Se. Majestät der Kaiser der Festlichkeit betwungener gedenkt. Der Kommandeur des Regiments, Oberstlieutenant v. Rosen-



